



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/114 - 18. Mai 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21931-33

Fernschreiber 0 898 880

Hinweise  
auf den Inhalt:

Anschlag auf das Grundgesetz	S. 1
Nach dem Besuch aus Jugoslawien	S. 3
Die Lehren der österreichischen Wahlen	S. 5
Der Prozess gegen die "Sozialistische Aktion"	S. 7

## Dissidenten-Lehrer unter Ausnahmerecht?

-dt, Hannover

Nicht nur die dissidentischen Lehrer in Niedersachsen - 504 unter insgesamt 18.000 Lehrern - haben in diesen Tagen nach Hannover geblickt, als der Landtag die Grosse Anfrage der SPD um die Absichten der Regierung gegenüber den Dissidenten diskutierte. Die Debatte sollte Klarheit darüber bringen, ob die Geistesfreiheit in Niedersachsen auch unter der Obhut der Hellwege-Regierung gewährleistet ist. Diese Klarheit ist ausgeblieben, geblieben ist der Eindruck, dass eine relativ kleine, dafür umso kämpferische Gruppe im Lande, nämlich der militante Katholizismus, imstande ist, auch einen äusserlich so standfest wirkenden Mann wie Hellwege ins Gleiten zu bringen.

Exponent dieser militanten Gruppe im niedersächsischen Kabinett ist Innenminister Wegmann. Wegmann hat vor zwei Monaten auf dem Parteitag der Niedersachsen-CDU erklärt, dissidentische Lehrer müssten nachweisen, dass sie in der Lage sind, entsprechend dem Geist des niedersächsischen Schulgesetzes (es sieht als Regelschule die "christliche Gemeinschaftsschule" vor) zu unterrichten. Die Dissidenten unter den Lehrern wurden damit unter Ausnahmerecht gestellt, noch ehe sie etwas "verbrochen" haben, während das frühere Kabinett Kopf nur kopfschüttelnd

darüber -2-

hinweggegangen war, dass einige katholische Lehrer im Emsland nach der Verabschiedung des Schulgesetzes einen Schulstreik vom Zaun gebrochen hatten.

Ehe die Landtagsdebatte begann, ging Wegmann in Urlaub, nicht ohne dass er vorher das Kabinett, und damit auch Hellwege, auf eine Erklärung verpflichtet hatte, die eine Bestätigung seiner These von Peine ist. Hellwege verlas denn auch diese Erklärung im Landtag und die SPD reagierte entsprechend. Darauf wurde Hellwege von den Koalitionsparteien im Stich gelassen; keine der Parteien wollte sich dem Vorwurf aussetzen, dass sie die Geistesfreiheit einschränke, selbst der Sprecher der CDU, ein Protestant allerdings, wies diese Absicht weit von sich. Der amtierende Kultusminister Langeheine, ein Parteifreund Hellweges, zog daraus die Folgen: er überraschte den Landtag "im Namen der Regierung" mit der Erklärung, dass alle Lehrer, nicht nur die Dissidenten, den Eignungsnachweis im Sinne des Schulgesetzes erbringen müssten. Langeheine betonte, dass er im Namen der Regierung spreche. Auf den Widerspruch zwischen dieser und der ersten, zwei Stunden vorher abgegebenen Regierungserklärung hingewiesen, sanktionierte Hellwege die Stellungnahme Langeheines, fügte aber hinzu, dass er "nicht als Chef des Kabinetts, sondern als Ministerpräsident und Abgeordneter" gesprochen habe, dass demzufolge seine Worte nicht als Regierungserklärung aufzufassen seien.

Die Situation war mehr als peinlich und es dauerte eine Stunde, bis es dem Koalitionsausschuss gelang, die Koalitionssprecher von der FDP und vom BHE zur Reason zu bringen und zu verhindern, dass ein gegen Wegmann gerichteter Missoilligungsantrag der SPD angenommen wurde. Ein Pahnlein von sieben Aufrechten von der FDP und vom BHE enthielt sich trotzdem der Stimme.

Die Koalition ist somit wieder einmal gerettet worden. Auf der Wahlstatt blieb ein Ministerpräsident, der nicht weiss, was er will. Er weiss lediglich eines: dass er nur mit Hilfe der CDU Ministerpräsident sein kann und dieses Wissen opfert er den Ruf eines aufrechten Mannes. Bitterer aber ist dieser Bodensatz der Diskussion: dass ein junges Gesetz wie das niedersächsische Schulgesetz - es ist zwei Jahre alt - in seinen Grundsätzen erschüttert werden kann, kann dass Leute ans Ruder gekommen sind, die das Gesetz nicht unterzeichnet haben, und dass aus koalitionspolitischen Gründen Männer, die bei der Fabrikation des Gesetzes viel Überzeugungstreue äusserten, heute wesentlich weniger Ent-

geschlossenheit zeigen, die Prinzipien von damals zu verteidigen.

Leidtragender ist die Erziehung. Wenn nicht einmal der Ministerpräsident Bekennermut aufbringt, wie will man ihn von den Lehrern erwarten? Wie glaubt man, dass angesichts solcher Debatten sich für den ohnedies in seinem Ansehen angeknabberten Lehrberuf Männer melden, die aus der eigenen Haltung heraus die Kinder zu aufrechten, ihre Meinung unerschrocken verfechtenden Staatsbürgern erziehen sollen?

+ + +

Am Beginn eines besseren Weges?

sp. Svetozar Vukmanovic-Tempo, der Vizepräsident des jugoslawischen Bundesvollzugsrates, hat Bonn wieder verlassen. Aber er ist noch in der Bundesrepublik unterwegs, um nach dem Ruhrgebiet auch andere Zentren des westdeutschen Wirtschaftslebens zu besuchen, den Hamburger Hafen, das Volkswagenwerk in Wolfsburg, grosse industrielle Fertigungsstätten in Süddeutschland und in München auch das Deutsche Museum.

Das Kommuniqué über den Abschluss seiner Bonner Besprechungen war nicht sehr ergiebig. Der vorletzte Satz deutet den Grund an: Der Besuch des jugoslawischen Vizepräsidenten war der erste Staatsbesuch eines jugoslawischen Ministers nach dem Kriege. Jahre hindurch hat ein schwerer Schatten auf den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien gelegen, davon ist in der Vergangenheit oft genug die Rede gewesen. Erst nachdem am 10. März d.Js. mühsame, mehrfach für längere Zeit unterbrochene und immer hartnäckig geführte Verhandlungen über Wiedergutmachungs- und Finanzfragen erfolgreich beendet waren, ergab sich die Möglichkeit, von dieser neuen Grundlage aus bessere allgemeine Beziehungen für die Zukunft zu schaffen.

Zunächst einmal hat man dabei Wirtschaftsfragen im Auge. Der Warenverkehr war sehr zurückgegangen. Das hing einmal mit der durch den forcierten Ausbau der Grundstoffindustrien veränderten jugoslawischen Wirtschaftsstruktur zusammen und dann in besonderem eben mit den solange ungelösten Fragen des deutsch-jugoslawischen Verhältnisses überhaupt. Die deutsche Ausfuhr nach Jugoslawien fiel in dieser Zeit von der ersten auf die zweiunddreissigste Stelle der Wertskala zurück. Hier soll nun ein gründlicher Wandel geschaffen werden. Über die allgemainen Wendungen des Kommuniqués hinaus sind vor allem drei Einweise bemerkenswert:

1. Man wolle den Waren- und Zahlungsverkehr künftig "freiheitlicher auf multilateraler Basis" entwickeln, d.h. also unter Bedingungen, die auch die berechtigten Interessen weiterer

Staaten berücksichtigen;

2. Die jugoslawische Aluminiumproduktion (Bauxit) und die Nutzung der Wasserkräfte und anderer Energiequellen sollen durch die Bundesrepublik stark gefördert werden. Das soll in einem Umfange geschehen, der die Rückerstattung der aufgewandter Investitionen aus dem Mehrertrag möglich macht.

Ausserdem hofft man, obwohl davon in dem Kommuniqué nicht gesprochen wird, dass die USA in dieses deutsch-jugoslawische Vorhaben mit Lebensmittellieferungen aus ihrer Überschüssen und auch durch Kredite eingeschaltet werden und dass diese Leistungen wenigstens z.T. dann über die Bundesrepublik verrechnet werden können.

Über die praktische Durchführung aller geplanten Massnahmen will man in den nächsten Monaten in Belgrad Sachverständigenverhandlungen führen, von denen beide Seiten annehmen, dass sie schwierig sein werden. Jetzt schon ist vorsorglich vereinbart worden, dass für den Fall, dass sie ins Stocken geraten, die Minister selbst wieder eingreifen.

#### Politisch differierende Auffassungen

Allgemeine politische Themen hat man in Bonn offenbar nur am Rande behandelt, in erster Linie bei einer Unterhaltung zwischen dem jugoslawischen Gast und dem Bundeskanzler. Dabei ist man über die Darstellung der beiderseitigen, erheblich differierenden Standpunkte kaum hinausgekommen. Man weiss, dass die jugoslawische Regierung in der Beurteilung des grossen Fragenkomplexes: Entspannung - Abrüstung-Sicherheit-deutsche Wiedervereinigung elastischere und aufgeschlossenerere Auffassungen vertritt als das amtliche Bonn, wo die westliche Konzeption noch in ihrer ursprünglichen und entschiedensten Orthodoxie verteidigt wird.

Über die Anerkennung des Pankow-Regimes durch Belgrad ist nach den vorliegenden Informationen ebenso wenig gesprochen worden, wie über die bevorstehende Reise Titos nach Moskau, auch nicht über die Probleme der noch in Jugoslawien gebliebenen deutschen Volksgruppe, deren Stärke man auf etwa 20 - 30 000 Menschen beziffert.

Noch wirkt ohne Zweifel die Mißstimmung nach, die jahrelang die westdeutschen-jugoslawischen Beziehungen beeinträchtigte. Auch wenn die Gespräche laut Kommuniqué "in freundschaftlichen Geiste und mit gegenseitigem Verständnis" geführt wurden, so ist ein Rest von Kühle geblieben. Wenn auch er allmählich abgebaut werden könnte, so wäre das gut - für das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien selbst, wie für die internationale Atmosphäre überhaupt, auf die das kleine Jugoslawien dank der kraftvollen Persönlichkeit seines Staatsoberhauptes und dessen Politik mehr Einfluss hat, als dies bei oberflächlicher Betrachtung scheinen mag.

Am Beispiel Oesterreichs

U.L. In Wien wird man in diesen Tagen darangehen, eine neue schwarz-rote Koalition zusammenzubasteln. Die Österreicher werden wissen, welche Form der Regierung für ihr Land gut ist, und wir wollen darüber hier nicht sprechen. Uns interessiert etwas anderes: Welche Folgerungen sollten Sozialisten aus den Wahlen in Österreich ziehen, ganz gleich, in welchem Industrieland sie wirken?

In Wien und einigen anderen Städten gelang es der Österreichischen Volkspartei, dem Gegenstück unserer CDU, einen schmalen Einbruch in die Arbeiterschaft zu erzielen. Das ist nichts Neues, denn auch die deutschen Sozialdemokraten haben es in den letzten Jahren wiederholt erlebt, dass sich ein kleiner Teil der Arbeiter in den Städten für die CDU entschieden hat. Wichtig ist aber die Frage, warum das geschehen konnte. Einer der Gründe ist, dass die österreichischen Sozialisten der Tatsache nicht genügend Rechnung getragen haben, dass der moderne Arbeiter sich als "Bürger" fühlt oder doch einer sein möchte. Er will gleichberechtigt sein, er sucht den Anschluss an soziale Grupper, die einstmals "über" ihm standen. Sache der Sozialisten ist es, dafür zu sorgen, dass der Arbeiter von heute dabei den Staatsbürger im Auge hat.

Der Unterschied zwischen dem Staatsbürger und seinen verschiedenen Abarten wird nicht nur zu ziehen sein in politischen Auffassungen, er muss sich ebenso ausdrücken in der Art, wie der Mensch unserer Zeit zur Musik, zur Mode, zur bildenden Kunst oder auch zur Einrichtung einer Wohnung steht. Mit anderen Worten gesagt: Das Aufstiegsstreben der modernen Arbeiterschaft kann über den sozialen und politischen Raum hinaus nur dann in eine kulturelle Leistung einmünden, wenn die Sozialisten den Menschen helfen, einen zeitentsprechenden Geschmack in den Dingen der Kultur und der Gestaltung des eigenen Lebens zu entwickeln. So gesehen stehen auch die deutschen Sozialdemokraten vor den gleichen Schwierigkeiten wie ihre Freunde in Österreich.

Die Wahlen in unserem Nachbarlande geben aber noch aus einem anderen Grunde zu denken. Es ging dabei nicht zuletzt um die Zukunft der verstaatlichten, der sozialisierten Teile der Industrie. Die Sozialisten wehrten sich gegen eine Rückführung der staatlichen Industrien in private Hand - um es einmal grob zu sagen -, und ihre politischen Konkurrenten meinten, man müsse der staatlichen Allmacht entgegenwirken und - 6 -

dem einzelnen grösseren Spielraum geben. Ob sie das auch meinten, steht dahin. Die Österreichische Volkspartei hatte sich zu diesem Zweck ausgedacht, den Wählern vorzuschlagen, dass jeder Staatsbürger in Form von Volksaktionen Eigentum an den verstaatlichten Industrien erwerben könne.

Ohne Frage führt nun die blosser Verstaatlichung nicht dazu, dass die Arbeiter sich als Eigentümer der entsprechenden Industrien fühlen. Der Staat ist im Bewusstsein der Menschen nicht die Summe der einzelnen Bürger, sondern ein ungreifbares Etwas, mit dem man nicht viel anfangen kann und dem man nicht so recht über den Weg traut. Wenn man also eine Form des Gemeineigentums, der Sozialisierung anstrebt, dann wird es zweckmässig sein, die wirtschaftlichen und politischen Argumente für eine begrenzte Sozialisierung mit dem privaten Eigentum des einzelnen an den Produktionsmitteln zu verbinden. Es gibt wahrscheinlich keinen besseren Weg, um den Menschen nahezubringen, sich für die Entwicklung der Wirtschaft mitverantwortlich zu fühlen. Eigentlich ist es deshalb nur folgerichtig, wenn sich gerade Sozialisten für eine Form der Sozialisierung der Grundstoffindustrien aussprechen, die privates Eigentum mit der notwendigen Beseitigung von Monopolen in der Wirtschaft verbindet; die Arbeiter dürften diesen Weg sehr viel eher mitgehen als zu einer in der Anonymität bleibenden Staatssozialisierung ja zu sagen. Jedenfalls steht der demokratische Sozialismus vor der Aufgabe, diese Möglichkeiten einer neuen Wirtschaftsform gründlich zu durchdenken.

Diese Überlegungen sind nicht zuletzt deshalb wichtig, weil eine durchgreifende Wandlung in der politischen Meinungsbildung der Bevölkerung nur erreicht werden kann, wenn man sich etwas Neues einfallen lässt. Auf die Dauer wird die Demokratie nicht dadurch gestärkt, wenn die Menschen das Gefühl haben, nur zwischen einem grösseren und einem kleineren Übel wählen zu können. Ihre politische Entscheidung muss positiv, auf die Gestaltung einer besseren Gesellschaft gerichtet sein. Innerhalb hier Vorschläge zu machen und neue Wege zu zeigen, ist Aufgabe einer modernen politischen Bewegung; es ist Sache der Sozialisten.

\* \* \*

An unsere Bezirker!

Die nächste Ausgabe unseres Pressedienstes erscheint am Dienstag,  
dem 22. Mai 1956.

Die Fälscher der Wahrheit

sp - Karlsruhe

Im Prozess gegen die früheren Funktionäre der kommunistischen Tarnorganisation "Sozialistische Aktion" beantragte der Vertreter der Bundesanwaltschaft in seinem Schluss-Plaidoyer an Donnerstag hohe Gefängnisstrafen. Für drei Angeklagte vier Jahre Gefängnis, für zwei 2 1/2 Jahre und ein Jahr Gefängnis für die übrigen drei Angeklagten. Die Beweisaufnahme hat die Schuld der Angeklagten, denen Vorbereitung zum Hochverrat, Geheimbündelei und die Rädeleführerschaft in einer verfassungsfeindlichen Vereinigung zum Vorwurf gemacht wird, eindeutig ergeben. Darüber hinaus sollen den Angeklagten die bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf bzw. drei Jahre aberkannt und die Polizeiaufsicht für zulässig erklärt werden.

Aus der eingehenden Würdigung der Beweisaufnahme ging vor allem hervor, dass die Sozialistische Aktion ihre Gründung den Plänen der SED verdankt und Kommunisten von Anfang an eine entscheidende Rolle in ihr gespielt haben. Mitglieder des Parteivorstandes der KPD nahmen an den Bürositzungen der Sozialistischen Aktion teil und entscheidende Positionen in dieser Organisation waren von eingeschriebenen Mitgliedern der KPD besetzt. Für die Finanzierung der Organisation, die keinerlei Beitragsaufkommen besass, wurde ein eindeutiger Beweis allerdings nicht erbracht, jedoch deuten zahlreiche Hinweise auf die SED als großzügige Spenderin.

In SED-Lehrgängen geschult

Ein enger Kontakt zur SED ergab sich auch aus der erwiesenen systematischen Schulung der Funktionäre und Anhänger der Sozialistischen Aktion von den Parteschulen in der Sowjetzone.

Die Sozialistische Aktion war ausschliesslich auf eine Beeinflussung der SPD im kommunistischen Sinne ausgerichtet. Die SPD sollte nach dem Plaidoyer als "verfassungstreue Opposition abtrünnig" gemacht, die Parteiführung isoliert und die "führungslose Masse ins kommunistische Lager entführt" werden. Durch ausserparlamentarische Massenaktionen sollte dann die verfassungsmässige Ordnung in der Bundesrepublik untergraben werden.

Die Propaganda der Sozialistischen Aktion war auf die Behauptung einer Staats- und Verfassungskrise aufgebaut. Daraus leiten Funktionäre der Sozialistischen Aktion einen nationalen Notstand ab, der

das Volk zum selbständigen Handeln ermächtigt und ausserparlamentarische Aktionen gegen die bestehende Ordnung als berechtigt erscheinen lassen soll. Aber gerade hier liegt auch der Pferdefuss der KPD; sie hatte sich zur damaligen Zeit einer gleichen Argumentation bedient. Soweit der Tatbestand der Vorbereitung zum Hochverrat nach Auffassung des Staatsanwalts erfüllt ist, bezieht sich dieser auf das "Programm der nationalen Wiedervereinigung" der KPD, das den gewaltsamen Sturz der verfassungsmässigen Ordnung zum Ziel hat. Nur dreien der Angelegten konnte nachgewiesen werden, dieses Programm zu einer verbindlichen Arbeitsanleitung für die Organisation gemacht zu haben. Gegen die übrigen wird die Beschuldigung der Vorbereitung zum Hochverrat nicht erhoben.

#### KP-Presse sekundierte

Eine Bemerkung zu Beginn des Plaidoyers verdient Erwähnung, weil sie sich auf das Verhalten der SDÄ-Funktionäre im Prozess bezieht. Ihre Taktik war nämlich darauf abgestellt, eine in Wirklichkeit überhaupt nicht existierende Verbindung zur SPD und eine angebliche Übereinstimmung mit dem Programm der SPD vorzutäuschen. Auf dieser Grundlage verbreiteten sie eine Reihe von Schriften, aus denen hervorgeht, dass der Karlsruher Prozess nur als gerichtliches Vorspiel zu einem Verbot der SPD anzusehen sei. Hierbei werden sie von der gesamten kommunistischen Presse sekundiert. Mit Recht wurde dazu gesagt, dass diese Behauptung eine glatte Verfälschung der Wahrheit sei. Denn in dem Prozess in Karlsruhe ist kein Punkt zur Sprache gekommen, der sozialdemokratische Interessen in irgend einer Weise berührt hätte. Insofern ist die Verbreitung einer solcher Behauptung lediglich als ein taktisches Propaganda-Manöver anzusehen, das bestenfalls publizistische Bedeutung für die kommunistische Presse hat. Regie ist ja bekanntlich eine starke Seite der Kommunisten.

Dies zeigte sich besonders auch während des Prozess-Verlaufs. Vor allem am Tage des Plaidoyers der Bundesanwaltschaft waren die Zuhörerbänke ebenso wie die Presseplätze fast ausschliesslich von Kommunisten besetzt. Protestschreiber wurden vorbereitet, Briefe abgegeben, Zwischenfälle inszeniert (Pfui-Rufe in dem Augenblick, als der Bundesanwalt das von ihm geforderte Strafmass nannte). Kurz, es klappte vorzüglich. Aber damit war auch das besondere kommunistische Interesse an diesem Prozess unübersehbar geworden.



"Eine Forderung der Bildungsgerechtigkeit"

"Ohne weiteres schon heute erfüllbar wäre die Forderung der Bildungsgerechtigkeit, der Überwindung des von Geldbeutel der Eltern abhängigen Bildungsmonopols... Der Studentenschaft unserer Universitäten und Hochschulen könnte eine Zufuhr frischen Blutes nur gut tun, und es wäre damit ein sichtbarer Anfang zur Durchführung wirklich sozialer Gerechtigkeit gemacht. Und überhaupt sollten wir uns nicht vor der viel ärmeren Ostzone durch sehr viel höhere Aufwendungen für Schulen und Lehrer beschämen lassen. Der Zustand unseres Schulwesens steht immer noch in einem schreienden Missverhältnis zu unserem sonstigen Wohlstand, einem Missverhältnis, das wir nachgerade als Schande empfinden sollten. Die Bildung unserer Jugend geht doch wohl uns alle an, und wir sollten die Vertretung so zentraler Forderungen nicht der Lehrerschaft überlassen, als ob es sich da um blosse Standesinteressen handeln würde."

(Prof. Dr. Alexander Rüstow, Heidelberg, in der "Stuttgarter Zeitung")

\* \* \*

Klarstellung der "Bundeszentrale für Heimatdienst"

Der Sozialdemokratische Pressedienst hatte am 20. April eine Zuschrift veröffentlicht unter dem Titel "Zentrale für Heimatdienst in Nöfen". Am 18. Mai ist uns daraufhin von der "Bundeszentrale für Heimatdienst" folgende Klarstellung zugegangen:

1.) Die z.zt. vorliegenden insgesamt 70 Publikationen der Bundeszentrale für Heimatdienst (darunter 22 geförderte Bücher) gehen ausnahmslos in gezielter Versendung an politisch und berufsständisch wichtige Persönlichkeiten, an namhafte Bibliotheken, an pädagogische Hochschulen, Bezirkslehrerseminare usw., sowie in begründeten Fällen an die Ausleihbibliothek grössere Verbände und Institute. Privatpersonen erhalten in den seltensten Fällen auch nur eines dieser Bücher. Lediglich Broschüren werden aufgrund des Nachweises intensiver Verwertung in mehreren Exemplaren abgegeben.

2.) Es ist auch nicht zutreffend, dass sich die Veröffentlichungen der Bundeszentrale "zum weit überwiegenden Teil gegen den Kommunismus wenden" und nur "gelegentlich" Werke verbreitet werden, die sich gegen den Faschismus richten. Die bei uns zur öffentlichen Einsicht vorliegende Aufstellung unserer Publikationen gliedert sich wie folgt:

- a) Allgemeine Schriften zur Förderung des demokratischen Gedankengutes, (für die Bundesrepublik, Zur Bekämpfung von Vorurteilen) = 30 Veröffentlichungen
- b) Gegen Antisemitismus = 6 " "
- c) Zur europäischen Integration = 6 " "
- d) Gegen den Faschismus = 30 " "
- e) Zur Aufbereitung d. jüngsten Geschichtsablaufes = 4 " "
- f) Osteuropakunde und Kommunismus = 14 " "

insgesamt 70 Veröffentlichungen

3.) Es ist unrichtig, dass für das Buch Poliakow "Das dritte Reich und die Juden" "schärfstes Verbot erlassen wurde, das Buch auszugeben" und dass nur ein "paar Exemplare" verschickt worden sind. Die Bundeszentrale hat von diesem Buch 2 000 Exemplare erworben und bis heute insgesamt 1 815 Bücher ausgegeben. Nur 185 befinden sich noch in unserem Bestand, der weiterhin alltäglich zur Ausgabe gelangt. \* \* \*

Verantwortlich: Peter Raunau